



Mediengespräch mit Martin Dahinden Millenniumsentwicklungsziele

13. September 2010

1. Kontext / MDG-Berichterstattung

Vom 20. bis 22. September 2010 werden sich Regierungsvertreter aus der ganzen Welt in New York treffen und Bilanz darüber ziehen, was mit den Millennium Development Goals (MDGs) während der vergangenen zehn Jahre erreicht wurde.

In seinem Bericht *“Keeping the promise: a forward-looking review to promote an agreed action agenda to achieve the Millennium Development Goals by 2015”* zog der UNO-Generalsekretär Ban-Ki Moon im Februar 2010 eine erste Zwischenbilanz, identifizierte Erfolge und Rückschläge sowie rief die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, sich am bevorstehenden MDG-Gipfel auf einen gemeinsamen Aktionsplan zu einigen, um die MDGs bis 2015 doch noch zu erreichen.

Im Juni 2010 veröffentlichte das UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) seine entsprechende Analyse der bisherigen Resultate (*„What Will it Take to Achieve the Millennium Development Goals? An International Assessment“*) und legt darin eine acht Punkte umfassende Agenda für die verbleibenden fünf Jahre dar.

Die in diesen sowie zahlreichen anderen Berichten festgehaltenen Erkenntnisse bezüglich der durchgezogenen MDG-Zwischenbilanz 2010 werden in dem erst kürzlich vom UNO-Forschungsinstitut für soziale Entwicklung (UNRISD) publizierten *Flagship Report 2010 (Combating Poverty and Inequality)* ausführlich analysiert und dokumentiert.

Einzelne Länder sowie die EU haben anlässlich MDG+10 eigene Berichte publiziert. Im Vergleich zu 2005 scheinen sich 2010 auf den ersten Blick jedoch weniger Geberstaaten dazu durchgerungen zu haben, eine Zwischenbilanz ihrer Beiträge zur Erreichung der MDGs zu ziehen. Die Schweiz geht hierbei mit dem Zwischenbericht des Bundesrats einen eigenen und transparenten Weg der Berichterstattung (Millenniumsentwicklungsziele - Zwischenbericht der Schweiz 2010).

2. Ernüchternde Zwischenbilanz

Die bisherige Bilanz fällt **gemischt** aus: In den vergangenen Jahren konnten wichtige **Fort-schritte** erzielt werden bei:

- der weltweiten Armutsverminderung (MDG 1a)
- der Grundausbildung (MDG 2)
- der Geschlechtergleichstellung in der Primarschule (MDG 3a)
- dem Zugang zu Wasser (MDG 7a)

Die positiven Entwicklungen bis 2007 wurden teilweise durch die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 rückgängig gemacht. Die UNO rechnet trotzdem mit einem weiteren **Rückgang der weltweiten Armut um 15% bis 2015**, wodurch die Zahl der Menschen unter der internationalen Armutsgrenze auf 920 Millionen fallen würde und gegenüber 1990 tatsächlich einer Halbierung gleichkäme (MDG 1).

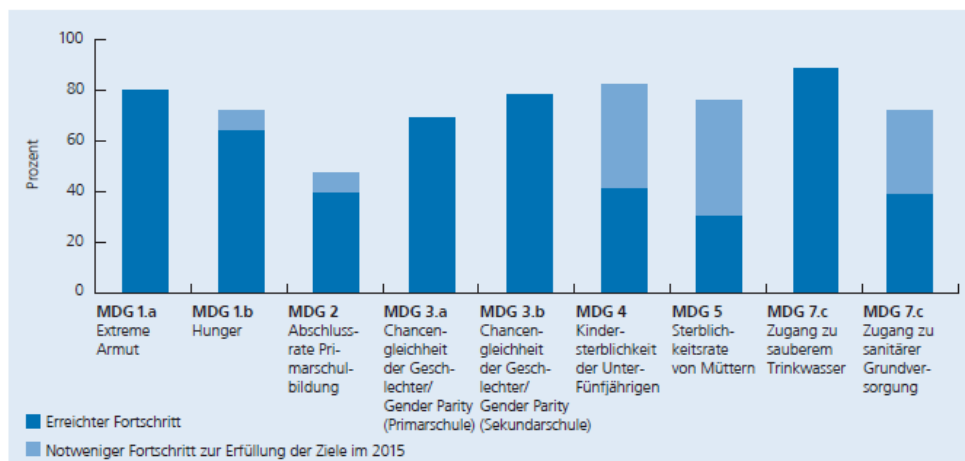
In den meisten Zielbereichen mussten bisher allerdings **Rückschläge** in Kauf genommen werden:

2009 litten erneut mehr als eine Milliarde Menschen an Hunger (MDG 1b) – unter anderem aufgrund steigender Lebensmittelpreise. Beim Zugang zu Sanitäreinrichtungen (MDG 7b), der Gleichstellung der Geschlechter generell (MDG 3) und insbesondere der Müttergesundheit (MDG 5) wurde bisher zu wenig erreicht. Bei gleich bleibendem Tempo können diese Ziele bis 2015 nicht mehr realisiert werden. Beim Klima und Waldschutz (MDG 7) hat sich die Lage sogar verschlechtert.

Auch beim Ziel der „**globalen Entwicklungspartnerschaft**“ (MDG 8) fällt die Zwischenbilanz wenig erfreulich aus:

- Die Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (APD) sind zwar auf knapp 120 Mrd. USD pro Jahr angestiegen, reicht jedoch nicht, um die Hilfe für Afrika zu verdoppeln, wie es 2005 versprochen wurde.
- Die Indikatoren für Marktzugang, Schuldentragfähigkeit sowie produktive und menschenwürdige Arbeit für junge Menschen zeigen wenig ermutigende Trends auf.
- Die Industrieländer haben weder die Handelsbarrieren für Entwicklungsländer noch ihre handelsverzerrenden Subventionen umfassend abgebaut. Ein befriedigender Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde der WHO steht aus.
- Die Entschuldung der hochverschuldeten armen Länder (HIPC-Länder) ist zwar fortgeschritten, der Schuldenerlass ist jedoch nicht umfassend. Zudem verschärft sich die Verschuldung vieler Länder durch die globale Wirtschaftskrise erneut.
- Die Jugendarbeitslosigkeit hat das höchste jemals registrierte Niveau erreicht und droht weiter zu steigen.

Schwere globale Rückstände bedrohen die menschliche Entwicklung (MDGs)



Quelle: Berechnung basierend auf die Datenbank der Weltentwicklungsindikatoren
 Anmerkung: Basierend auf den erhältlichen Daten von 2009, welche z.T. von 2005–2009 stammen können.

Die Resultate fallen auch je nach **Region** unterschiedlich aus. Fortschritte sind insbesondere in China, Indien und Südostasien zu beobachten, während die Entwicklung in Sub-Sahara-Afrika generell hinterherhinkt. Mehr als die Hälfte der geschätzten 1,4 Mrd. Menschen in extremer Armut (unter 1.25 USD / Tag) leben in Afrika südlich der Sahara.

Spezialfall Afrika?

Die meisten Länder, in denen bezüglich der Bekämpfung von Armut und Hunger (MDG 1) seit 1990 keine Verbesserung erzielt worden ist, liegen in der Region südlich der Sahara. Dort hat die Armut sogar weiter zugenommen; die Zahl der Armen stieg zwischen 1990 und 2005 um 92 Millionen. Aufgrund der Wirtschaftskrise, die Afrika am härtesten getroffen hat, stieg diese Zahl alleine im Jahr 2008 nochmals um schätzungsweise 28 Millionen an.

Die meisten der in der Zielerreichung am weitesten zurückliegenden Länder (neun von zwölf) befinden sich südlich der Sahara.¹ Diese neun Länder umfassen 40 Prozent der Gesamtbevölkerung dieser Region. Rund die Hälfte der weltweit 72 Millionen Kinder im schulfähigen Alter, die der Schule fernbleiben, leben in diesen Ländern. Auch die Resultate bezüglich Mütter- und Kindersterblichkeit sowie der Eindämmung von HIV/AIDS, Tuberkulose, Malaria und anderen lebensgefährlichen Infektionen fallen in den Ländern Afrikas am schlechtesten aus. Die UNO geht davon aus, dass die internationale Hilfe für Afrika um jährlich mindestens 20 Mrd. US-Dollar erhöht werden müsste, damit die Millenniumsentwicklungsziele in dieser Region bis 2015 mehrheitlich erreicht werden könnten.

Trotz allem lohnt sich ein genauerer Blick auf diesen Sachverhalt, denn es gibt auch afrikanische Länder, die hinsichtlich der MDG-Agenda in bemerkenswerter Weise vorangekommen sind – allen voran Burkina Faso, Äthiopien, Ghana, Malawi und Uganda. Diese Staaten gehören zu jener Gruppe von Ländern, welche die grössten Fortschritte erzielt haben seit 2000. Setzt sich der Trend in diesen Ländern fort, rückt die Erreichung der MDGs sogar in den Bereich des Möglichen.

- Die **Zwischenbilanz fällt gemischt aus** und es bleibt viel zu tun, um wenigstens ein paar der Ziele bis 2015 noch erreichen zu können.
- Dass in den verbleibenden fünf Jahren wahrscheinlich nicht mehr alle Ziele erreicht werden können, ist jedoch kein Grund zur Entmutigung. Im Gegenteil: Es ist ein **Ansporn**, unsere Anstrengungen entschieden zu verstärken.
- Die Defizite zeigen auf, in welchen **Themen und Regionen** ein besonderes internationales Engagement gefragt ist in den kommenden fünf Jahren. Die Schweiz richtet ihre Hilfe entsprechend darauf aus.
- Die Schweiz wird sich am MDG-Gipfel in New York dafür einsetzen, die internationale Aufmerksamkeit auf die **Ursachen** der zögerlichen Entwicklung in bestimmten Zielbereichen und Ländern zu lenken sowie einen entsprechenden Aktionsplan gezielt auf die Behebung derselben auszurichten.

3. Ursachen und spezifische Herausforderungen

Die **Fortschritte** in einzelnen Regionen und Ländern lassen sich auf folgende Faktoren zurückführen:

- Entwicklungsorientiertes Verhalten von Regierungen und Eliten, das die Orientierung an den Millenniumszielen sowie die Partizipation und *ownership* der Bevölkerung an der Entwicklung einschliesst.
- Funktionierende Regierungen und Verwaltungen, gepaart mit Rechtsstaatlichkeit sowie Armutsbekämpfung durch eine staatliche Rahmensezung, die die Privatwirtschaft und die Mobilisierung lokaler Finanzressourcen fördert.
- Materielle und immaterielle Infrastrukturausstattung, z.B. Hebung des Bildungs- und Ausbildungsstandes der Bevölkerung.
- Anerkennung der wichtigen Rolle von Frauen im Entwicklungsprozess.

¹ Dies sind: Zentralafrikanische Republik, Elfenbeinküste, Liberia, Nigeria, Simbabwe, Tanzania, Burundi, Demokratische Republik Kongo, Guinea-Bissau. Quelle: *Centre for Global Development, Who are the MDG Trailblazers? A New MDG Progress Index, Working Paper 222, August 2010.*

- Industrialisierung und Nutzung der internationalen Arbeitsteilung.
- Effizienter Einsatz der von aussen gewährten Unterstützung sowie äusserer und innerer Frieden.

Rückschläge hängen mit folgenden Faktoren zusammen:

- Bevorzugung eigener Anliegen der Industriestaaten (z.B. wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen) gegenüber globalen entwicklungspolitischen Aspekten.
- Zunahme von fragilen Kontexten aufgrund von Konflikten, politischen Krisen, schlechter Regierungsführung (Despotismus, Korruption etc.) oder Naturkatastrophen.
- Der Klimawandel und dessen insbesondere in vielen Entwicklungsländern negativen Auswirkungen.
- Die in den vergangenen Jahren aufgetretenen Nahrungs- und Energiekrisen sowie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise.
- Schwachstellen der MDG-Agenda, wie z.B.
 - Konzentration auf Symptome anstatt Ursachen von Armut und Ungleichheit.
 - Vernachlässigung der Problematik des Bevölkerungswachstums.
 - Übergehen der Rolle von Arbeit sowie der Notwendigkeit eines Wirtschaftswachstums, um Armut zu mindern.
 - "Schmalspuragenda" im Hinblick auf wirkliche Stärkung von Macht und Einfluss von Frauen sowie auf ihre Gleichbehandlung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.
 - Zu wenig Gewicht auf die Erlangung ökologischer Nachhaltigkeit: Weder die Bedeutung einer "Energiewende" noch die Notwendigkeit der Bekämpfung von Wüstenbildung für die Ernährungssicherung und den Klimaschutz werden anerkannt, quantifizierbare Verpflichtungen zur CO₂-Reduktion fehlen.
 - Vernachlässigung kultureller Freiheit und kultureller Faktoren für Entwicklung.
 - Nicht-Anerkennung der Bedeutung von Armut und Rechtsungleichheit als Teil desselben Problems.

- Die Schweiz setzt sich dafür ein, die internationalen Anstrengungen zur Erreichung der MDGs in den kommenden fünf Jahren und über 2015 hinaus vermehrt auf die Bekämpfung der **Ursachen für Armut und Ungleichheit** auszurichten.
- **Handlungsbedarf** erkennt die Schweiz insbesondere in Bezug auf die folgenden Aspekte:
 - Anpassung staatlicher Strategien: Verknüpfung ökonomischer Entwicklungsziele mit einer sozialen Politik (laut UNRISD trägt dies am meisten zur Armutsreduktion bei).
 - Entwicklungsförderliches Wirtschaftswachstum.
 - Einführung von Sozialversicherungen, auch in ärmsten Ländern. Dies führt in der Regel (wie Costa Rica oder Mauritius zeigen) zu einer besseren Gesundheitsversorgung.
 - Politische Rechte (Menschenrechte) zur Reduktion der Rechtsungleichheit und letztlich Reduktion von Armut.
 - Überwindung fragiler Staatlichkeit in armen Ländern durch Friedenssicherung und Aufbau demokratischer Staatsstrukturen.
 - Förderung einer „grünen Ökonomie“ und spezifische „*low-carbon development paths*“ für Entwicklungsländer.
 - Mobilisierung eigener finanzieller Mittel in Entwicklungsländern, u.a. durch eine redistributive Steuerpolitik, zur Investition in die Entwicklung.
- Im **MDG-Zwischenbericht 2010** zeigt der Bundesrat auf, welche Beiträge zur Erreichung der Ziele die internationale Zusammenarbeit der Schweiz bisher geleistet hat und welche Prioritäten sie für die kommenden Jahre setzt.

4. MDG-Zwischenbilanz der Schweiz

4.1 Beitrag der Schweiz zur Verwirklichung der MDGs

Gerade in den jenen Bereichen, in denen weltweit Fortschritte erzielt wurden, konnte die Schweiz viel zum internationalen Erfolg beitragen. Rund die Hälfte der MDG-relevanten Ausgaben der DEZA wurden seit 2000 für MDG 1 (Beseitigung der extremen Armut und des Hungers) eingesetzt.

- Das Engagement der Schweiz in der **ländlichen und landwirtschaftlichen Entwicklung** sowie der **Wirtschaftsförderung** in Partnerländern ist gut auf Armutsreduktion ausgerichtet und ermöglicht es jährlich tausenden von Menschen, ein Leben in Armut hinter sich zu lassen.
- Mit ihrem Beitrag an die Förderung **von Primar- und Grundschulausbildung**, lokalen Bildungssystemreformen sowie die Berufsbildung eröffnet die Schweiz unzähligen Kindern und Jugendlichen in armen Ländern eine berufliche Zukunftsperspektive.
- Dabei, sowie in sämtlichen bilateralen Schweizer Projekten überhaupt, hat das Anliegen der **Geschlechtergleichstellung** hohe Priorität, wodurch insbesondere die soziale und ökonomische Rolle von Mädchen und Frauen gestärkt wird.
- Auch im **Wassersektor** leistet die Schweiz wertvolle Beiträge zur Erreichung der MDGs: Dank den Schweizer Programmen erhalten schätzungsweise 370'000 Personen pro Jahr einen besseren Zugang zu Trinkwasser und Siedlungshygiene, während ungefähr 30'000 Personen jährlich von verbesserten Bewässerungssystemen profitieren.
- Ausserdem orientieren sich auch die von der Schweiz unterstützten **multilateralen Institutionen** (Weltbank/IDA, IWF, UNO, regionale Entwicklungsbanken etc.) am MDG-Oberziel der Armutsreduktion.

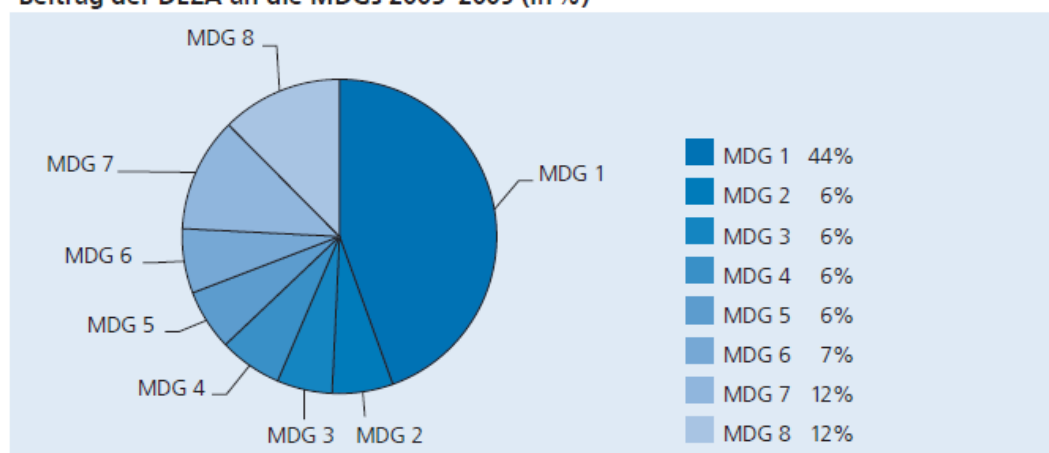
Der Beitrag der Schweiz in Zahlen (Stand 2009 / Mio. CHF)

➤ Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz	2'498.8 = 0.47% des BNE
○ davon DEZA	1'479.7 = 59,2% der APD total
- Entwicklungszusammenarbeit	1'071.1 = 72.4% des Deza-Budgets
- humanitäre Hilfe	299.2 = 20.2% des Deza-Budgets
- Transitionshilfe (Ostzusammenarbeit)	109.3 = 7.4% des Deza-Budgets
○ davon SECO	389.4 = 15.6% der APD total
➤ Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) bilateral	1'896.6 = 75.9% der APD total
➤ Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) multilateral	602.2 = 24.1% der APD total
➤ Geografische Aufteilung (bilaterale APD):	
○ Afrika	25%
○ Asien	16%
○ Europa	8%
○ Lateinamerika	6%
○ Geografisch nicht zuteilbar	45%
➤ Thematische Aufteilung (DEZA bilaterale EZA / Mio. CHF):	
○ Landwirtschaft / ländliche Entwicklung	26% der DEZA bilat. EZA total
○ Rechtsstaatlichkeit / Demokratie	24% "
○ Gesundheit	12% "
○ Bildung	11% "
○ Umwelt	9% "
○ Wirtschaft und Beschäftigung	8% "
○ Wasser	5% "
○ Konfliktprävention und -transformation	3% "
○ Andere (Migration/Diverses)	2% "
➤ Anteil DEZA-Beitrag an MDG 1	44% der MDG-relevanten Ausgaben

4.2 MDG-Fokus der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit

- Die Minderung von Armut und die Erreichung der MDGs ist **eines von drei strategischen Zielen** der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Die MDGs stellen für die Schweiz also ein wichtiger Orientierungsrahmen dar.
- Seit der Proklamation der Millenniumserklärung im Jahr 2000 ist die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz **von 0,34% auf 0,47% des BNE** bzw. CHF 2,5 Mrd. (2009) gestiegen.
- Die Entwicklungsprogramme sind seither auf weniger Länder, stärker auf die MDGs sowie resultatorientierter ausgerichtet worden. Zudem beharren sowohl DEZA als auch SECO auf einen **MDG-relevanten Einsatz** ihrer Beiträge an NGOs und multilaterale Institutionen.

Beitrag der DEZA an die MDGs 2005–2009 (in %)



Quelle: DEZA, Statistik Datenbank

4.3 Künftiger Schweizer Mitteleinsatz für die MDGs

- Die Schweiz wird sich in den kommenden Jahren weiterhin tatkräftig für das Erreichen der MDGs einsetzen. Dabei soll die **Effektivität und Effizienz** ihrer Arbeit weiter erhöht werden, indem wir die Resultatorientierung und entsprechende Messinstrumente optimieren sowie bestehende und neue **Partnerschaften**, insbesondere mit dem Schweizer Privatsektor, noch gezielter auf die Erreichung der MDGs ausrichten.

Konkret heisst dies:

- **MDG 1:** Weitere Erhöhung des Einsatzes für nachhaltige Landwirtschaft sowie Verstärkung der globalen Gouvernanz im Bereich der Landwirtschaft und der Ernährungssicherheit (Reform des *FAO Committee on World Food Security*, Suche nach innovativen Finanzierungsformen unter Einschluss Privatwirtschaft etc.)
- **MDG 2:** Weiterführung der bestehenden Schweizer Unterstützungsprogramme im Grundschulbereich, Stärkung der informellen Formen der Grundbildung sowie deren Verbindung mit Berufsbildung, Wiederaufbau von Schulen nach Katastrophen.
- **MDG 3:** Bekämpfung geschlechterspezifischer Gewalt, die Verteidigung der Rechte der Frauen, besonders in Krisen- und Katastrophensituationen.
- **MDG 4/5:** Bündelung der Mittel zur Förderung der reproduktiven Gesundheit von Frauen, Überlebenshilfe für Kinder sowie Verteidigung ihrer Rechte in Krisen- und Katastrophensituationen.
- **MDG 6:** Weiterführung und teilweise Erhöhung des Engagements im Gesundheitsbereich sowie Intensivierung der Partnerschaften mit dem Schweizer Privatsektor und anderen Schweizer Akteuren des Gesundheitssektors.
- **MDG 7:** Verstärkte Betätigung in Klimafragen bezüglich:

- Mitigation des Klimawandels in Schwellenländern und Anpassung an den Klimawandel, insbesondere in der Landwirtschaft und in Berggebieten ärmerer Entwicklungsländer.
- Finanzierung des Beitrags an die *Global Environment Facility (GEF)* sowie der meisten Klimadaptationskosten gemäss dem Prinzip der Additionalität (zusätzlich zur APD).
- Promotion des *Low Carbon Development Paths* (CO₂-freie Energie für Entwicklungsländer)
- integraler Ansatz zur Bearbeitung von Trinkwasserversorgung (Siedlungshygiene und Wasserressourcen-Management)
- Verankerung von Nachhaltigkeitsaspekten für jede Ressourcennutzung im Süden und Norden.
- **MDG 8:** Förderung einer verstärkten Anteilnahme der Entwicklungsländer am Welthandel durch handelsfördernde Rahmenbedingungen, Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, Verbesserung ihres Marktzugangs sowie erhöhten Patentschutz.

4.4. Spezifischer Schweizer Beitrag zur Verwirklichung des MDG 8

Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu MDG 8 in folgenden Bereichen:

- **Öffentliche Entwicklungshilfe:** 2009 lag die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz bei CHF 2'499 Mio. Das entspricht einem Anstieg der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) um 11,9% gegenüber dem Vorjahr und einem Anteil der APD am Bruttonationaleinkommen (BNE) von 0,47%. Wie von den parlamentarischen Räten gefordert, wird der Bundesrat demnächst Vorschläge unterbreiten für eine Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,5% des BNE bis 2015. Die DEZA unterstützt dieses Anliegen.
- **Schuldenerlass:** 1991 schuf die Schweiz ein bilaterales Entschuldungsprogramm, damals eines der weltweit ersten dieser Art. Bis heute wurden mit dem Programm Schulden armer Länder gegenüber unserem Land in der Höhe von insgesamt CHF 2 Mrd. getilgt.
- **Offenes Handelssystem:** SECO und DEZA unterstützen ihre Partnerländer bei der Durchsetzung ihrer aus internationalen Abkommen hervorgehenden Ansprüche und Verpflichtungen, hilft beim Aufbau von internationalen Nachhaltigkeitsstandards für ausgewählte Rohstoffe (z.B. Kaffee, Baumwolle) und fördert die Export- und Wettbewerbsfähigkeit von Produkten. Seit 2007 bietet die Schweiz den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) für alle Produkte zoll- und kontingentsfreien Zugang zu ihrem Markt. So konnten die Importe aus LDCs von 2005-2009 um 40% gesteigert werden.
- **Stärkung der Finanzsektoren:** Als Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken unterstützt die Schweiz die Aktivitäten dieser Institutionen zur Stärkung der Stabilität des Finanzsektors. Die Schweiz setzt sich zudem ein für die Reformen des Finanzsektors in Partnerländern wie Tansania, Ghana, Vietnam, Peru, Aserbaidschan, Tadschikistan und Kirgistan.
- **Finanzplatz Schweiz:** Von den insgesamt CHF 808,6 Mrd. Direktinvestitionen befinden sich laut Schweizer Nationalbank 15,2% in Schwellen- und Entwicklungsländern, davon geschätzte CHF 2 Mrd. in den 49 am wenigsten entwickelten Ländern. Durch solche Investitionen werden in den Zielländern Arbeitsplätze, Einkommen und Steuersubstrat generiert und somit ein Beitrag zur Qualitätsverbesserung der staatlichen Dienstleistungen geleistet. Zudem arbeitet die Schweiz mit Entwicklungsländern zusammen, um gegen die Ursachen für den Abfluss von Geldern aus diesen Ländern vorzugehen.
- **Zugang zu Arzneimitteln:** Als eines der ersten Länder hat die Schweiz den WTO-Beschluss von 2003 über den erleichterten Zugang zu preiswerten Medikamenten für Entwicklungsländer umgesetzt. Das neue Schweizer Patentgesetz von 2008 bietet die Möglichkeit, auf Anfrage eines WTO-Mitgliedslandes Sonderlizenzen für die Herstellung und Ausfuhr von patentierten pharmazeutischen Produkten in Länder mit ungenügenden oder fehlenden pharmazeutischen Produktionskapazitäten zu erteilen.
- **Informations- und Kommunikationstechnologien:** Die Schweiz betrachtet die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als ein nützliches Instrument zur Verfolgung thematischer Ziele zur Armutsverringerung und zur Erhöhung der Wirksamkeit in Bereichen wie ländlicher Entwicklung, Ernährungssicherheit, Klimawandel, Gesundheit, Bildung oder lokaler Regierungsführung. Die IKT sind in zahlreichen Projekten der Schweiz ein fester Bestandteil.
-

- Die Weltgemeinschaft ist noch weit von der Erreichung des MDG 8 entfernt.
- Für die Schweiz stehen in den kommenden fünf Jahren weiterhin folgende **Bereiche im Zentrum ihrer Bemühungen** zur verstärkten Anteilnahme der Entwicklungsländer am Welthandel:
 - Handelsfördernde Rahmenbedingungen
 - Internationale Wettbewerbsfähigkeit für Entwicklungsländer
 - Verbesserung ihres Marktzugangs
 - Verbesserter Patentschutz für Entwicklungsländer
 - Engere Partnerschaften mit dem Schweizer Privatsektor zur Erreichung der MDGs

5. Erhöhung der Schweizer APD 2000-2010 – blosse Kosmetik?

Seit der Proklamation der Millenniumserklärung im Jahr 2000 ist die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz von 0,34% auf 0,47% des BNE bzw. CHF 2,5 Mrd. (2009) gestiegen. Diese Steigerung korrespondiert auch mit einer signifikanten Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit.

Trotzdem kann nicht von der Hand gewiesen werden, dass ein beträchtlicher Teil der Erhöhung in den letzten Jahren u. a. auf die folgenden Faktoren zu zurückzuführen ist:

- 1) Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das BNE
- 2) Ausgaben für Entschuldungsmassnahmen*
- 3) Kosten für Asylsuchende aus Entwicklungsländern im ersten Aufenthaltsjahr in der Schweiz*

* gemäss OECD als APD anrechenbar.

- Der Anteil der DEZA und des SECO (ohne Entschuldung) an der APD ist 2009 (68%) erneut gesunken (2008: 71%, 2007: 75%).
- Die Zunahme der APD der Schweiz von 0,44% (2008) auf 0,47% (2009) des BNE ist insbesondere auf das tiefere BNE infolge der Wirtschaftskrise, Massnahmen zur Entschuldung von Togo und Kongo-Brazzaville sowie auf ein starkes Ansteigen der Ausgaben für Asylsuchende aus Entwicklungsländern zurückzuführen. 2009 entfielen 15% (= CHF 379,9 Mio.) der APD auf anrechenbare Auslagen im nationalen Asylbereich, was im internationalen Vergleich hoch ist. Der Anteil der Entschuldungsmassnahmen belief sich auf 7% (= CHF 176,54 Mio.), derjenige für zivile Friedensförderung, Menschenrechte (PA IV / DV) und Sicherheit (VBS) auf 4,5% (CHF 111,7 Mio.).
- Wie von den parlamentarischen Räten gefordert, wird der Bundesrat demnächst Vorschläge unterbreiten für eine **Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,5%** des BNE bis 2015.

6. Schweizer Kohärenz für Entwicklung

Der Schweiz mangle es an entwicklungspolitischer Kohärenz, lautet die Kritik.²

- Die Kritik ist teilweise berechtigt, doch betreffen sie die gesamte internationale Gebergemeinschaft, nicht nur die Schweiz. Es bestehen **Widersprüche** zwischen den Interessen der Finanzplätze des Nordens und den Interessen gewisser Entwicklungsländer. Die Landwirte Europas haben naturgemäss nicht dieselben Interessen wie Landwirte im Süden.
- Die **perfekte Kohärenz für Entwicklung gibt es auch in der Schweiz nicht**; sie anzustreben ist unsere tägliche Aufgabe. Noch fehlt eine unabhängige Instanz, welche bei Interessenkonflikten Entscheide fällt. Das politische System der Schweiz verfügt jedoch über **Instrumente und Mechanismen**, um die Politikkohärenz laufend zu verbessern:
 - Ämterkonsultationen und Mitberichtsverfahren zur Koordination von Politiken und als Entscheidvorbereitung für den Bundesrat
 - Interdepartementale Arbeitsgruppen mit Vertretern betroffener Bundesstellen, wie z.B. das *Interdepartementale Komitee für Entwicklung und Zusammenarbeit* (IKEZ) oder der *Interdepartementale Ausschuss Nachhaltige Entwicklung* (IDANE).

² Vgl. DAC Peer Review 2009 der Schweiz oder entsprechende Stellungnahmen von Schweizer NGOs.